

www.taz.de, redaktion@taz-bremen.de, Tel. 960 260, Trägerdienst Tel. 36 71 66 77

Wer mitreden will, muss schweigen

Wie gut ist es um die Mitbestimmung in Bremen bestellt? Die Meinung von Senats und Beteiligungs-Netzwerk gehen da auseinander. Dabei hatte sich Bremen viel vorgenommen

Von Milena Pieper

Viereinhalb Jahre ist es her, da hat die Bürgerschaft mehr Bürgerbeteiligung beschlossen. Doch den geforderten „Entwicklungsplan“ gibt es bis heute nicht. Das Netzwerk Bürgerbeteiligung kritisiert das scharf. Seinen Vertretern geht es darum, Bürgerbeteiligung endlich in der politischen Kultur Bremens zu etablieren.

Auf der ersten Beteiligungskonferenz, die das Netzwerk im Februar veranstaltet hatte, haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Verwaltung, Beiräten, Parteien und Initiativen noch einmal ein Konzept für eine erweiterte Bürgerbeteiligung formuliert und Forderungen aufgestellt. „Bisher ist überhaupt nichts umgesetzt“, sagt Hans-Christoph Hoppensack vom Netzwerk. Der Prozess hin zu mehr Beteiligung sei sehr schwierig und oft frustrierend.

In Sachen Bürgerbeteiligung, müsse Bremen sich nicht verstecken, heißt es dagegen aus der Senatskanzlei. Der Senat sieht die Forderungen des Netzwerks bereits als umgesetzt. Man habe sich auf ein Leitbild verständigt, auf Kriterien, nach denen eine Bürgerbeteiligung übersiedelt wird und auf

eine Form der Projektplanung, die auch Kosten für eine Beteiligung mit einbeziehe.

Hoppensack vom Beteiligungsnetzwerk ist skeptisch: Die Vorhaben, die im Internet einsehbar sind und an denen der Senat nach eigenen Angaben weiter arbeite, seien zwar erfreulich. Doch bisher ständen sie nur auf dem Papier.

2013 hatte es auf einen Antrag von SPD und Grünen einen Beschluss für den „Entwicklungs-

„Es muss eine zentrale Stelle und personelle Stärkung geben“

Ralph Saxe von den Grünen

plan Bürgerbeteiligung“ gegeben. Darin steht, dass dieser Plan bis Anfang 2015 stehen soll. Doch daraus wurde nichts. Hoppensack, der ehemalige Bremer Staatsrat, sagt er, habe noch nie erlebt, dass ein Beschluss vom Senat derartig ignoriert worden sei.

Mitte vergangener Woche trafen sich die Beteiligungssprecher der Fraktionen von SPD und Grünen, um zu klären, ob

der Senat eine zentrale Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung einrichtet.

Zu den Ergebnissen des Treffens will sich Martin Prange aus der Senatskanzlei nicht äußern, denn über die sei noch nicht abgestimmt worden.

„Es muss eine zentrale Stelle und personelle Stärkung geben“, sagt Ralph Saxe von den Grünen. „Alles nur in die Ressorts reinzuschieben, das funktioniert nicht.“ Es habe viel zu lange gedauert, aber immerhin habe man sich jetzt auf ein Leitbild geeinigt. „Es ist viel Positives im Bereich Beteiligung passiert“, betont Saxe. So sei etwa die Beteiligung am Verkehrsentwicklungsplan gut gelaufen. Doch nicht in allen Bereichen läuft die Mitbestimmung schon so gut an: Ressorts wie Gesundheit oder Inneres hätten noch gar keine Beteiligungsprojekte gemeldet.

„Es ist gut, dass es das Netzwerk Bürgerbeteiligung gibt“, sagt Martin Prange. Doch die Forderungen seien unverbindlich und offen. So konkretisiere das Netzwerk nicht, bei welchen konkreten Projekten es an Beteiligung fehle. Es sei wichtig, zu unterscheiden, wann sie gut sei und wann nicht.

Gegenüber der taz verweist

Hoppensack vom Netzwerk auf die Umgestaltung des Doms Hofes und den geplanten Wohnungsbau auf der Rennbahn. Hier hätte es frühzeitig eine Bürgerbeteiligung geben müssen. In Bremen rege sich bei solchen Projekten häufig Widerstand, weil keine Beteiligung vorgesehen sei.

Auch die Opposition kritisiert die Halbherzigkeit des Bremer Senats. Die Fraktionsvorsitzende der Linken, Kristina Vogt, kann den Unmut der Beteiligungsbefürworter verstehen. „Bürgerbeteiligung scheint für den rot-grünen Senat nur ein Schlagwort in Sonntagsreden zu sein.“ Unter Bürgerbeteiligung verstehe der Senat häufig „nur Bürgerinformation über die eigenen Maßnahmen, verpackt in Konferenzen, auf denen Hochglanzbroschüren verteilt“ würden. Vogt geht noch einen Schritt weiter: Ihrer Meinung nach müsse Bremen auch über Instrumente wie einen Bürgerhaushalt nachdenken.

Der Senat will seinen Bericht Mitte Juni im nächsten Ausschuss Bürgerbeteiligung vorstellen. Ob die Forderungen des Netzwerkes und der Beteiligungskonferenz dann tatsächlich umgesetzt werden, bleibt abzuwarten.

das besorgte-bürger-stören-vogel-wetter

Besorgte Bürger, sonst vor allem durch Xenophobie auffällig, stören auch die Vogelbrut, indem sie vermeintlich hilflose Amselküken betütern. „Finger weg!“, rät der BUND, das schadet! Die Kleinen sollen da sitzen und piepsen bei 26 Grad und Dauersonne

leserInnenbriefe

Ressort macht Probleme

betr.: „Gefährliche Missstände“, taz bremen vom 9. 5. 18
Das Gesundheitsamt ist vom Gesundheitsressort seit Jahren ignoriert worden. Es ist absolut richtig, dass die Personalnot bekannt, gewollt und (durch das Verhalten der Senatorin) forciert worden ist. Alle Probleme der letzten Monate sind durch das Ressort verursacht: Ausfall der Impfungen, Hygiene-Kontrolldefizite, etc. Es ist kein Zufall, dass das Gesundheitsamt in zehn Jahren nun den sechsten (!) Amtsleiter sucht. Man lässt sich ungern von oben kujonieren, vorschrieben als verantwortlich für die Misere und gleichzeitig am langen Arm verhungern.
Arztantagonist, taz.de

Erbliches Gebaren

betr.: „Gelebte Hierarchie“, taz bremen vom 28. 4. 18
Die „Gutsherrenart“ der Leitung des BBWs ist wahrscheinlich erblich. Erst war seit 1997 der Geschäftsführer Herr Meyer-Rockstedt und dann sein Neffe, Herr Dr. Torben Möller, als Nachfolger seit 2015. Das spricht Bände in bezüglich der Kontinuität der „Gutsverwaltung“. Persönliches Beispiel: Der Betriebsratsvorsitzende, Herr M. Müller, geht am 31. 12. 14 in Rente, dito auch der Geschäftsführer Herr Meyer-Rockstedt, allerdings mit einem letzten Schreiben an Herrn Müller: Er habe unnötige Reibungsverluste verursacht und den Betriebsfrieden gestört. Die Konsequenz ist ein lebenslanges Hausverbot.
Für mich war das nicht nachvollziehbar. Ich habe im BBW von 1978 bis 1984 als Fachbereichsleiter E-Technik und als gewählter Betriebsrat sowie von 1990 bis 2006 als Ausbildungsleiter gearbeitet. Wegen des Hausverbots habe ich mich an den Präsidenten des SozD, an Frau A. Nahles (Bundesministerin für Arbeit, sie war 2015 zu einem Besuch im BBW eingeladen) und an Betriebsräte anderer BBWs gewendet mit der Bitte um Stellungnahme und dem Ziel der Rücknahme des Hausverbots. Es erfolgte keine Rücknahme.
Herr Dr. Möller war nur wegen des Kurzbesuchs von Frau Nahles zu einem Gespräch mit mir am 16. 4. 15 bereit. Ich saß nicht nur ihm, sondern auch seinem Onkel, Herrn Meyer-Rockstedt und dem Prokuristen gegenüber. Das Gespräch war an Schärfe und Wut nicht mehr zu überbieten. Ich erhielt am 24. 4. 15 ein Schreiben: Lebenslanges Hausverbot um „den Betriebsfrieden zu wahren“ und „aus Verantwortung gegenüber nur 220 aktiven und engagierten Mitarbeitern.“ Hier schließt sich der Kreis, nach „Gutsherrenart“ zu schalten und zu walten!
Echard Hasselmann, taz.de

betr.: „Ver.di muss draußen bleiben“, taz bremen vom 4. 5. 18
Wehe, hier unterstellt jemand Ver.di eigene (wirtschaftliche) Interessen. So ein neuer (unerfahrener) Betriebsrat kann so herrlich für den Absatz eigener Produkte (Schulungen, Rechtsberatungen, Prozessbegleitungen) genutzt werden und viel (gut bezahlte) Arbeit für Ver.di und seine Anwälte bedeuten. Das lässt man sich doch nicht durch eine störrische Betriebsleitung vermasseln. Da wird schon mal die ideologische Keule in der Öffentlichkeit geschwungen. Tazti, taz.de

betr.: „Ver.di muss draußen bleiben“, taz bremen vom 4. 5. 18
Jaja, die Kirche. Sooo an den Menschen und gerechten Arbeits- und Lebensbedingungen interessiert... Frau Kirschgrün, taz.de

Alles Eigennutz

betr.: „Ver.di muss draußen bleiben“, taz bremen vom 4. 5. 18
Jaja, die Kirche. Sooo an den Menschen und gerechten Arbeits- und Lebensbedingungen interessiert... Frau Kirschgrün, taz.de

Nur für Gotteslohn

betr.: „Ver.di muss draußen bleiben“, taz bremen vom 4. 5. 18
Jaja, die Kirche. Sooo an den Menschen und gerechten Arbeits- und Lebensbedingungen interessiert... Frau Kirschgrün, taz.de

Asche an Asche

In Bremen soll eine erste Urnenwand entstehen. In Hastedt plant die katholische Kirche 1.300 Urnenplätze

Von Karolina Meyer-Schilf

Die Toten haben davon zwar nichts mehr, sie sind ja bereits verbrannt. Doch für Angehörige bietet das geplante Kolumbarium in Hastedt viele Vorteile. In dieser Urnenwand wissen Hinterbliebene die Verstorbenen bei sich, ohne sich um die Grabpflege kümmern zu müssen.

Mit dem Umbau der St. Elisabeth-Kirche entsteht das erste Kolumbarium Bremens. Hier werden kleine Grabkammern für Urnen errichtet. Auf einer Tafel sollen die Namen und Lebensdaten der Verstorbenen stehen.



Sechs Architektenbüros hatten Vorschläge für die konkrete Gestaltung eingereicht. Eine Jury mit dem Architekten der St. Elisabeth-Kirche, Ewald Brune, hat dem Kirchenvorstand einen Entwurf vorgeschlagen, der seit Pfingsten in St. Johann zur Besichtigung aushängt.

Die Pläne sehen drei Nischen mit insgesamt 1.300 Urnenplätzen vor. Das Besondere: „Die Nischen sind zentral am Haupteingang der Kirche angeordnet“, sagt der Sprecher des katholischen Gemeindeverbands Bremen, Daniel Meier. GottesdienstbesucherInnen gehen also an der Urnenwand vor-

bei, um zu den Kirchenbänken zu gelangen. „Da ist alles integriert, Leben und Sterben“, sagt Meier.

Die Verstorbenen seien damit in Gebet und Gedanken im Kreis der Gemeinde, sagt auch Propst Martin Schomaker: „Ihre Anwesenheit ist sichtbar, sie bleiben Teil des Alltags und somit Teil des Lebens.“

Das Konzept haben die Bremerinnen von der Kolumbariumkirche Heilige Familie in Osnabrück übernommen, die zum selben Bistum gehört und wo die Einrichtung des Kolumbariums positiv aufgenommen worden war. „Auch hier gab es

sofort Begeisterung in den Gremien für die Idee“, sagt Daniel Meier.

Ende 2019 sollen die drei Nischen in St. Elisabeth fertiggestellt sein. Was die Beisetzung im Kolumbarium schließlich kosten wird – ob sie etwa günstiger sein wird als ein Urnengrab auf dem Friedhof, ist noch unklar. In Rom galten Kolumbarien bereits seit dem ersten Jahrhundert nach Christus als eine kostengünstige Bestattungsort.

In Norddeutschland gibt es neben Osnabrück weitere Kolumbarien in Hannover und Hamburg.

Soll es bald auch in Bremen geben: Kolumbarium im nordrhein-westfälischen Monheim
Foto: Oliver Berg/dpa



taz bremen
Pieperstr. 7
28195 Bremen
briefe@taz-bremen.de
www.taz.de

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von Leserbriefen vor.
Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.